

Rede
von Frau Ingrid Fischbach MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
im Deutschen Bundestag
am 4. Dezember 2008
TOP 6
Drucksache 16/10616
Kindergelderhöhung sofort auch bei Hartz VI
wirksam machen

Sehr geehrter Herr Präsident,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Antrag der Linken, mit dem wir uns heute hier in dieser Debatte beschäftigen, ist – es tut mir leid, das sagen zu müssen, aber es ist so – mal wieder ein populistischer Antrag. Ich sage das deshalb, weil auch bei diesem Antrag der Linken, wie bei so vielen anderen, **Fordern** und **Handeln** nicht übereinstimmen. Das mache ich gleich deutlich.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
uns alle lässt das Thema Kinderarmut nicht ruhen, es kann und darf uns nicht ruhen lassen. Diese Feststellung zumindest lasse ich für alle Fraktionen dieses Hohen Hauses gelten. Nach wie vor wachsen Kinder in Deutschland in Armut auf. Zu viele minderjährige Kinder wachsen in Familien mit sehr niedrigem Einkommen oder auch Arbeitslosengeld II-Bezug auf und oft genug bedeutet aufwachsen leider auch drinbleiben und nicht rauskommen aus dem Sozialhilfebezug. Deshalb hat die jetzige Bundesregierung schon einige wichtige politische Entscheidungen getroffen, die diesen Kreislauf wirksam durchbrechen sollen und werden. Ich erinnere an die Reform des Kinderzuschlags, des Wohngeldes, das Familienleistungsgesetz mit dem Schulstarterpaket u.v.m.

Wir wissen auch, dass überproportional viele Kinder und Jugendliche, die nur von einem Elternteil großgezogen werden, von Armut betroffen sind. Die Quote, so ein Bericht des Kompetenzzentrums für familienbezogene Leistungen, liegt hierbei bei Alleinerziehenden mit zwei Kindern bei nahezu 41,3 Prozent, bei Kindern und Jugendlichen aus Familien mit ausländischem Haushaltsvorstand bei ca. 30%.

Es ist vor allem die geringere Erwerbstätigkeit, die hier eine maßgebliche Rolle spielt. Und deshalb ist die wichtigste Maßnahme, Menschen **in Arbeit** zu bringen, um ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, für sich selbst zu sorgen und dadurch eigenverantwortlich handeln zu können.

Die Sorge für ein würdevolles Leben ist in erster Linie Aufgabe des Einzelnen selbst, nur im Falle des Unvermögens, aus welchen Gründen auch immer, tritt die Allgemeinheit ein. Dies ist auch der Geist des Zwölften Sozialgesetzbuches, wie im Übrigen auch schon seines Vorläufers, des Bundessozialhilfegesetzes.

Und schon hier unterscheiden wir uns ganz deutlich von der Einstellung der Linken.

Der Staat muss den Menschen nicht jede Verantwortung wegnehmen und alles regeln, sondern er muss Sorge dafür tragen, dass jeder Einzelne seiner Verantwortung nachkommen kann. Und dazu gehören eine gute Ausbildung, ein Arbeitsmarkt, der Angebote für Junge wie Alte bietet und ein

Angebot, wenn dies nicht realisiert werden kann. Dazu gehört die Sozialgesetzgebung.

Und jetzt sage ich einmal ganz deutlich, dass **unser** maßgebliches **Ziel** der Ausbau der **vorrangigen** Leistungen für Kinder ist – wie das Kindergeld und der Kinderzuschlag – damit sich die soziale Lage von Kindern aus einkommensschwachen und hilfebedürftigen Familien weiter verbessert.

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitslose und andere Sozialleistungen sind **nachrangige** Leistungen.

Nur noch einmal zur Klarstellung!

Die Sozialhilfe ist das unterste Netz der sozialen Sicherung, sie kann nicht darauf verzichten, dass Hilfebedürftige zunächst eigene Mittel einsetzen, bevor Sozialleistungen beansprucht werden können. Im Bereich der Sozialhilfe ist der Einkommenseinsatz unverzichtbar. Daher entspricht die Anrechnung von Kindergeld auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende dem Grundsatz der Nachrangigkeit.

Mit der Anhebung des Kindergeldes, endlich nach 7 Jahren, kommt die Bundesregierung einem für die meisten Eltern wichtigen Anliegen nach. Sinn und Zweck des Kindergeldes und des Kinderzuschlags nach § 6a Bundeskindergeldgesetz ist es, Sozialhilfebedürftigkeit möglichst zu vermeiden.

Das Kindergeld stellt mit einem Gesamtvolumen von 34,9

Milliarden Euro die umfangreichste familienbezogene Transferleistung dar. Da es einkommensunabhängig allen Familien mit Kindern gewährt wird, dient das Kindergeld vor allem dem Nachteilsausgleich. Untersuchungen haben aber auch gezeigt, dass das Kindergeld auf nahezu 1,7 Millionen Kinder eine armutsreduzierende Wirkung ausübt. Das Kindergeld leistet also einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung von Armut in Familien, insbesondere mit zwei oder mehr Kindern.

Ich stelle also noch einmal fest:

das Kindergeld dient demselben Zweck wie die kindbezogenen Leistungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, nämlich der Deckung des Lebensunterhaltes des Kindes.

Und damit komme ich zum zweiten Bestandteil Ihres Antrages, der Festlegung der Eckregelsätze bzw. des Regelsatzes für Kinder. Auch die CDU/CSU Bundestagsfraktion hält eine Überprüfung der Angemessenheit der Kinderregelsätze für unverzichtbar – und dies nicht nur, weil mit dem Vorliegen der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) der Verordnungsgeber gesetzlich verpflichtet ist, die Regelsatzbemessung zu überprüfen und gegebenenfalls weiterzuentwickeln. Wir wollen in diesem Zusammenhang auch die Angemessenheit der geltenden Kinder-Regelsatz-Relationen (60% für Kinder unter 14 Jahren und 80% für ältere) überprüfen und weiterentwickeln. Ich gehe davon aus, dass das

Sozialministerium dabei ist, diese Aufgabe zu erledigen und uns eine entsprechende Vorlage erarbeitet.

Aber lassen Sie mich noch einmal auf meine Feststellung zurückkommen, dass Ihr Antrag, liebe Kolleginnen und Kollegen der Linken, populistisch ist.

Sie fordern – wie so oft – Dinge, die natürlich den Haushalt belasten, ohne eine Deckung vorzulegen oder nur ansatzweise anzudeuten, wie sie die Maßnahmen finanzieren wollen. So auch dieses Mal.

Die Nichtberücksichtigung der Kindergelderhöhung würde schätzungsweise zu Mehrkosten im SGB II in Höhe von 320 Mio. Euro jährlich führen. Bei dieser Kostenschätzung ist der auch zu erwartende Anstieg der Anspruchsberechtigten auf Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende noch nicht berücksichtigt.

Wie wollen Sie dies finanzieren? Keine Vorschläge, keine Deckung. Aber haben Sie nicht in der letzten Debatte zum Familienleistungsgesetz gesagt, dass auch Haushaltszwänge Ihre Politik in Berlin beeinflussen?

Sollen diese Zwänge für Sie gelten, für unseren Haushalt aber nicht?

Schauen wir noch einmal nach Berlin!

Was tun Sie denn vor Ort, um Kinderarmut zu verhindern, um Kindern alle Chancen zu eröffnen, sie zu fördern und zu unterstützen?

Im Gegensatz zu uns, die wir prioritär auf frühe Bildung und qualitativ wertvolle Betreuungsangebote setzen, kürzen Sie, was das Zeug hält.

So stellt eine Studie des Deutschen Jugendinstitutes fest, dass Sie hier in Berlin bundesweit das Bundesland sind, das die massivsten Kürzungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe vorweist. Und das, obwohl in Berlin mittlerweile jedes 3. Kind von Kinderarmut betroffen ist.

Sie haben in den Jahren 2003 – 2007 im Bereich der Kinder- und Jugendeinrichtungen und bei den Hilfen zur Erziehung rund 160 Millionen Euro gestrichen. Von 450 Millionen Euro in 2002 auf 319 Millionen Euro in 2008, Kürzungen um 30 %!!!!!!

Hilft das den Kindern?

Ist es da nicht heuchlerisch, hier in diesem Antrag davon zu sprechen, ich zitiere:

„Damit sind ausgerechnet die Ärmsten der Armen und deren Kinder ...ausgeschlossen.“

Sie suggerieren ständig, Sie wollten etwas für die Armen und Schwachen tun. Und bei den Schwächsten unserer Gesellschaft, unseren Kindern, kürzen Sie wie kein anderes Bundesland!!!!!! Das ist heuchlerisch und fast schon zynisch!

Erst Ende Mai dieses Jahres haben die Jugendstadträte aller Berliner Bezirke einen sog. „Brandbrief“ an den Senat gerichtet: Zum einen werden mehr als 100 Sozialarbeiter gefordert, damit das Jugendhilfesystem nicht zusammenbricht, zum anderen werden mehr Jugendhilfeplätze gefordert. Durch die massiven

Kürzungen bei den Plätzen gibt es große Probleme, in Fällen von Kindesvernachlässigungen Kinder und Jugendliche überhaupt unterzubringen.

Und Sie stellen sich hier hin und tun so, als ginge es Ihnen um die Kinder?

Für mich haben Sie jede Glaubwürdigkeit verspielt, denn Sie tun vor Ort auch im Bereich der Zusatzleistungen für ALG II- und Sozialhilfeempfänger nicht mehr als andere Bundesländer. Keine außergewöhnlichen Vergünstigungen, die es nicht in anderen Bundesländern auch gibt.

Und damit wird deutlich, was im Januar die Spitzenkandidatin der Linken in Hamburg im Interview mit der WELT am 24. Januar 2008 sagte.

Ich zitiere: „ Wir sind gestartet mit dem Ziel: wir wollen nicht an die Regierung!“

Ebenso im Juni der Vorsitzende der Linken in NRW.

Ich zitiere die Rheinische Post vom 25.06.2008

„Die Partei Die Linke will in NRW nach der Landtagswahl im Jahr 2010 nicht in die Regierung eintreten“

Sie wollen gar nicht regieren, weil Sie ganz genau wissen, dass Sie niemals Ihre gigantischen Forderungen umsetzen können.

Ich denke nur an die letzten Haushaltsberatungen, in der Ihre Forderungen mehr als 41 Mrd. betrogen!!!!

Deshalb bleiben Sie lieber in der Opposition und täuschen die Menschen in unserem Land! Sie handeln populistisch und unverantwortlich.

Noch einmal:

Fordern und Handeln passen bei Ihnen nicht zusammen.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an uns:

Wir reden nicht nur, wir handeln.

In keiner Legislaturperiode zuvor ist so viel für Familien und Kinder auf den Weg gebracht worden wie in dieser. Wir wissen, dass ein Instrumentenmix aus Geld- und Infrastrukturleistungen notwendig ist, um Armutsrisiken zu verringern.

Und deshalb haben wir beide Seiten im Blick:

Elterngeld, Ausbau der U3-Betreuung, deutlicher Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, Ausweitung des Kinderzuschlags, der seit dem 1. Oktober 2008 gültig ist, um nur einige Initiativen zu nennen.

Mit dem heute verabschiedeten Familienleistungsgesetz und der darin beinhalteten Kindergelderhöhung, der Anhebung des steuerrechtlichen Kinderfreibetrags sowie der jährlichen Zahlung von 100 € als sog. „Schulbedarfspaket“ zum Schuljahresbeginn an Eltern, die Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII erhalten, leisten wir einen weiteren wichtigen Beitrag, um Kinderarmut zu verringern.

Denn uns ist jedes Kind wichtig, kein Kind darf uns verloren

gehen.

